



Auf ein Wort

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

als eines der letzten Länder Europas hat Deutschland nun endlich auch einen Mindestlohn. Zehn Jahre hat DIE LINKE an der Seite der Gewerkschaften dafür gestritten und gekämpft. Doch kaum ist der Mindestlohn eingeführt, will die CDU ihn bereits wieder aufweichen. Mir scheint, als würde sie mit aller Macht den Niedriglohnsektor in Deutschland erhalten wollen. Dabei ist ein starker Mindestlohn wichtiger denn je. Die Schere zwischen Arm und Reich spannt sich immer weiter auf. Gerade erst hat Oxfam eine Studie veröffentlicht, die warnt, dass bereits 2016 das reichste 1 Prozent der Welt mehr besitzen wird als der gesamte Rest der Welt. Die wachsende soziale Ungleichheit wird eine immer größere Gefahr für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Linke Politik ist heute wichtiger denn je – als Politik der Vernunft, der Menschenwürde und des solidarischen Miteinander. In diesem Sinne – ein gesundes und kämpferisches Jahr 2015.

SCHWERPUNKT Tarifeinheit bedroht kleinere Gewerkschaften

Die Bundestagsfraktion DIE LINKE hat zum Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Tarifeinheit ein Gutachten beim renommierten Arbeitsrechtler Prof. Dr. Wolfgang Däubler in Auftrag gegeben.

Es weist dem geplanten Gesetz einen massiven Eingriff in die Koalitionsfreiheit der Beschäftigten vor, damit ist es grundgesetzwidrig. „Der faktische Entzug des Rechts, Tarifverträge abzuschließen und dafür einen Arbeitskampf zu führen, stellt einen denkbar weitreichenden Eingriff dar, der nur noch durch ein Gewerkschaftsverbot übertroffen werden könnte,“ warnt Däubler eindringlich. Sein Fazit: Das Gesetz ist nicht geeignet, der angeblichen Zersplitterung der Tariflandschaft Einhalt zu gebieten. Vielmehr gilt: Wer das Streikrecht für bestimmte Gewerkschaften per Gesetz einschränkt, bedroht deren Existenz.

Der von der Bundesregierung eingebrachte Gesetzentwurf sieht vor, dass bei konkurrierenden Tarifverträgen in einem Betrieb nur derjenige der größeren Gewerkschaft zur Anwendung kommt. Die kleinere Gewerkschaft hätte damit keine Möglichkeit, ihren Tarifvertrag durchzusetzen. Rechtlich gesehen



muss ein Streik jedoch immer das Ziel verfolgen, einen Tarifvertrag zu erreichen. Wenn ein Tarifvertrag ohnehin nicht greift, darf auch nicht mehr dafür gestreikt werden. Damit wäre die Daseinsberechtigung der betreffenden Gewerkschaft in Frage gestellt. Die gesetzliche Vorgabe der Tarifeinheit ist also der elegante Versuch, Gewerkschaften auszuschalten, ohne sie explizit zu verbieten.

Im Übrigen hat nicht die Tarifautonomie, sondern die seit Jahren zunehmende Deregulierungen

am Arbeitsmarkt zur Zersplitterung der Tariflandschaft in den Betrieben geführt und die Gewerkschaften geschwächt. Im Ergebnis sind die Löhne seit Jahren faktisch von der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes abgekoppelt. Allein im Jahr 2013 hätten die Beschäftigten 120 Milliarden Euro mehr bekommen – wenn es den Gewerkschaften gelungen wäre, die Lohnquote, also den Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen, auf dem Niveau vom Jahr 2000 zu halten!

Das Motiv für diese gesetzliche Regelung ist politisch motiviert und nicht rechtlich begründet. Auch das stellt das Gutachten von Prof. Däubler klar. DIE LINKE widersetzt sich massiv dem Versuch, durch Verfassungsbruch die Freiheitsrechte des Einzelnen zu beschneiden und die Existenz freigebildeter Gewerkschaften zu gefährden. ◀

Das Gutachten ist auf meiner Webseite als PDF zum Herunterladen verfügbar: <http://bit.ly/1JNWN49>

FAIRER HANDEL STATT TTIP
KAMPF GEGEN RECHTS
IN SCHWEINFURT

Wir sind die 99 Prozent!

Sogar US-Präsident Barack Obama hat sich kürzlich in seiner Rede zur Lage der Nation für höhere Steuern für Reiche ausgesprochen. Kein Wunder: Die wachsende soziale Ungleichheit gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

In der Großen Koalition allerdings bleibt dieses Thema tabu. Dabei müsste auch in Deutschland dringend gegengesteuert werden: Laut statistischem Bundesamt sind die Unternehmens- und Gewinneinkommen von 2000 bis 2013 real um 24 Prozent gestiegen. Eine Studie der UBS Bank zeigt auf, dass das Vermögen der Superreichen in Deutschland - das sind jene, die 30 Mio. Dollar und mehr besitzen - von 2013 auf 2014 um 10 Prozent wuchs, auf 2.583 Mrd. Dollar. Die realen Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten hingegen sind in dieser Zeit um 3,1 Prozent gesunken. Auch die Renten langjährig Versicherter schrumpften zwischen 2000 und 2012 im Westen real um 19 Prozent, im Osten sogar um 23,4 Prozent.

Weltweit ist die soziale Ungleichheit noch krasser. Eine Studie der internationalen Entwicklungsorganisation Oxfam zeigt, dass 2016 das reichste Prozent der Weltbevölkerung mehr Vermögen besitzen wird als die anderen 99%.

Wir brauchen rasch eine Millionärssteuer, eine Anhebung des Spitzensteuersatzes und die Abschaffung der Abgeltungssteuer, damit Kapitalerträge nicht geringer besteuert werden als Einkommen aus Arbeit.

INTERNATIONAL Wir haben TTIP satt!

Seit fünf Jahren gibt es anlässlich der jeden Januar stattfindenden Agrarmesse „internationale Grüne Woche“ die Demo „Wir haben es satt“.

Das breite Bündnis von 120 Organisationen und in diesem Jahr mehrere Zehntausend Gleichgesinnte kämpfen für eine bäuerliche, ökologischere Landwirtschaft. Die Demonstrantinnen und Demonstranten sprechen sich gegen eine durch industrielle Megaställe geprägte Agrarindustrie und gegen Gentechnik aus.

Auch die Freihandelsabkommen TTIP und CETA waren in diesem Jahr Gegenstand des Protests - der Schlingerkurs der Bundesregierung macht es notwendig! Denn TTIP und CETA bedrohen Umwelt- und Verbraucherstandards. Mühsam erkämpfte soziale und demokratische Rechte und Schutzmechanismen drohen über Bord zu fliegen.



Auch DIE LINKE. hat mitprotestiert. Wir wollen eine Agrarpolitik, die sich zuerst auf den Wochenmarkt und nicht nur auf den Weltmarkt konzentriert. Wir wollen eine Landwirtschaft mit guten Arbeitsbedingungen, so dass sich den ländlichen Räumen eine Erwerbsperspektive eröffnet. Wir fordern eine bodengebundene Tierhaltung, die das Tierwohl in den Mittelpunkt stellt. Wir wollen eine gentechnikfreie und klimafreundliche

Landbewirtschaftung. Und wir sind klar gegen TTIP und CETA. Wir wollen keine Exportförderung durch Standardabsenkung und Preiskampf. Wir wollen auch kein Ekelfleisch - weder von hier noch aus den USA - und keine europäischen Spezialitäten made in USA. Die Nürnberger Bratwurst muss auch aus Nürnberg kommen. Wir brauchen fairen Handel statt sogenannten freien Handel! ◀

HARTZ IV Neun Euro für Pro-Hartz IV-Geschmacklosigkeit

Kurz vor Weihnachten erreichte mein Büro eine hochwertig gedruckte Weihnachts-Faltkarte der Bundesagentur für Arbeit.

In silberner Schrift auf roteschimmerndem Untergrund wurde dabei für Hartz IV geworben. „Noch



nie wurde so intensiv mit Menschen am Rande oder gar außerhalb der Gesellschaft an der Hoffnung auf eine bessere Zukunft gearbeitet“, heißt es in dem Innentext. Auf der Vorderseite, kurz Schlagworte, die die Grundsicherung schönzeichnen: „Probleme lösen“, „Menschen stärken“, „Mut machen“ oder „Hoffnung geben“ ist dort zu lesen. Für Menschen wie mich, die tagtäglich Hilferufe und Sorgen von Menschen in ALG-II-Bezug erreicht, ist diese Karte an Geschmacklosigkeit kaum zu überbieten. Daher habe ich eine schriftliche Frage an die Bun-

desregierung gestellt, wie viel diese zynischen Weihnachtsgrüße gekostet haben. Aus der Antwort geht hervor, dass jede dieser Weihnachtskarten stolze 9 Euro (Produktion und Versand) gekostet haben. Während die Menschen in ALG-II Bezug zum radikalen Sparen angehalten werden, schöpft die Bundesagentur für Arbeit aus den Vollen. Neun Euro sind das Dreifache dessen, was ein Kind laut Regelsatz pro Tag für Essen zur Verfügung hat. Für mich ist das blanker Zynismus. ◀

Bilder der Karte und die Antwort der Bundesregierung sind [hier](#).

BAYERN Schweinfurt ist bunt

Vor fünf Jahren gründete sich das regionale Bündnis für Toleranz und Demokratie „Schweinfurt ist bunt“.

Im Gründungstext heißt es: „Das Bündnis ist sich darüber einig, dass Rechtsextremismus in Schweinfurt keine Chance haben darf. Rassismus, Ausländerhass, Gewalt und die Verfolgung von Minderheiten sind mit den Werten einer aufgeklärten Gesellschaft nicht vereinbar.“ Mittlerweile besteht „Schweinfurt ist bunt“ aus über 85 Mit-

gliedsorganisationen. Der Zulauf reißt nicht ab. Damit hat Schweinfurt eine starke Gegenstimme, die sich PEGIDA und seinen Mitläufern entschlossen entgegenstellt.

Wie die Aktivitäten hierzu genau aussehen sollen, soll auf einer Vollversammlung im März beschlossen werden. Dazu soll auch ein Experte eingeladen werden. „Einhergehend mit der inhaltlichen Befassung wollen wir die Würzburger Gegenbewegung zu WÜGIDA rund um das Bündnis

für Zivilcourage unterstützen“, sagte Bündnissprecher Frank Firsching.

Noch immer wartet man auf ein positives Signal der Schweinfurter CSU, die auf ihrem Neujahrsempfang in Schweinfurt sagte „Die CSU steht immer in der ersten Reihe, wenn es gilt, Demokratie und Freiheit zu verteidigen.“ Trotz solcher Aussagen konnte sich die CSU aber bisher nicht zu einem Beitritt zum Bündnis entschließen. ◀

Problematische Exportüberschüsse

Der Vorsitzende des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft Eckhard Cordes beklagt, dass vor allem die Europäer den wirtschaftlichen Preis für den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine zahlen. So sind 2014 die deutschen Exporte nach Russland um 18 Prozent gesunken, die US-Exporte hingegen um ein Prozent gestiegen. Es scheint, als ob die Amerikaner uns nicht nur auf Schritt und Tritt überwachen, sondern auch wirtschaftlich falsch spielen.

Mit Hilfe des schwachen Wechselkurs des Euro haben deutsche Unternehmen 2014 dennoch so viel ausgeführt wie noch nie: Das Statistische Bundesamt verzeichnet Exporte im Wert von 1133,6 Milliarden Euro. Trotz Importen auf Höchststand ergab sich ein Rekord-Exportüberschuss. Für 217 Milliarden Euro mehr haben deutsche Unternehmen 2014 ans Ausland verkauft als dort eingekauft. Es macht jedoch keinen Sinn, auf Dauer Exportüberschüsse zu erzielen. Vielmehr sind sie ein Zeichen dafür, dass wir dauerhaft unter unseren Verhältnissen leben. Auch das Stabilitätsgesetz schreibt als ein Ziel staatlicher Wirtschaftspolitik, ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht fest. Deshalb sollte die Binnennachfrage gestärkt werden – auch um die Abhängigkeit von externen Faktoren wie billigen Öl und schwachem Euro abzumildern. Ein staatliches Investitionsprogramm und höhere Löhne sind dazu notwendig.

Mit einer Investitionslücke von einer Billion Euro seit 1999 und stagnierenden Reallohnen in Bezug auf das Jahr 2000 ist dies ohnehin naheliegend.



BAYERN Spende der Diätenerhöhung an SOS-Kinderdörfer

Zum 1. Juli 2014 setzten Union und SPD mit ihren Stimmen eine Diätenerhöhung für die Bundestagsabgeordneten um zehn Prozent innerhalb von sieben Monaten durch.

DIE LINKE sieht in der schnellen Anhebung ein falsches Signal. Sicher

haben auch Abgeordnete einen Anspruch auf die Erhöhung ihrer Bezüge entsprechend der wirtschaftlichen Entwicklung. Aber in den Tarifrunden der Gewerkschaften geht es eben um eine Erhöhung von vier bis sechs Prozent innerhalb von zwei Jahren. Daher spendet die Bun-

destagsfraktion insgesamt 100.000 Euro an die SOS-Kinderdörfer.

Die bayerischen Bundestagsabgeordneten der LINKEN Eva Bulling-Schröter, Nicole Gohlke, Klaus Ernst und Harald Weinberg übergaben ihren Anteil von 6.000 Euro das SOS-Kinderdorf in Nürnberg. ◀



Klartext! Politischer Aschermittwoch der LINKEN Schweinfurt mit Klaus Ernst (MdB) und Frank Firsching

Mi, 18. Februar
19 Uhr, Schweinfurt



Klartext am Aschermittwoch: In der Sportgaststätte des TV Oberndorf in Schweinfurt (Hermann-Gräf-Allee 1) gibt es am Mittwoch, 18. Februar 2015, ab 19 Uhr wieder die traditionell deftigen Kommentare der LINKEN zur Tagespolitik. Klaus Ernst

(MdB) sagt, was in der Bundespolitik Sache ist, Frank Firsching, Fraktionsvorsitzender der LINKEN in Schweinfurt, knüpft sich die kommunalen Themen vor. Die kritischen musikalischen Töne kommen von der DGB-Songgruppe, und bereits ab 18 Uhr wird der legendäre „Neugebauers Heringstopf“ serviert.

NEUES IM INTERNET Presse, Reden, Parlamentarisches

Der Arbeitsrechtler Professor Wolfgang Däubler hat für die Linksfraktion ein **↘Gutachten** zur Tarifeinheit erstellt. Die gesetzliche Vorgabe der Tarifeinheit ist der elegante Versuch, Gewerkschaften auszuschalten, ohne sie explizit zu verbieten.

In meiner **↘Rede** zu Investor-Staat Schiedsgerichten in CETA und TTIP stelle ich die Frage, warum wir Abgeordnete freiwillig auf demokratische rechtsstaatliche Grundsätze verzichten sollten. Nein zu CETA und TTIP!

Im **↘Antrag** „Interessengeleitetes Gutachten zu Investorenschutz zurückweisen“ fordert die Linksfraktion, keinesfalls

das Gutachten von Herrn Dr. Stephan Schill als Entscheidungsgrundlage zu nehmen. Dieser ist nicht neutral, da er selber auf der ICSID-Schlichterliste steht.

Der **↘Antrag** „Sanktionen gegen Russland aufheben“ will, dass die Wirtschaftssanktionen gegen Russland möglichst umgehend aufgehoben werden, da sie weder zielführend noch ökonomisch sinnvoll sind und noch mehr Probleme verursachen als lösen.

Bei der **↘Debatte** um den Meisterbrief kritisiere ich die Handwerksnovelle 2004, denn Liberalisierung und Deregulierung gefährden berufliche Qualitätsstandards.

In der **↘Antwort auf die Kleine Anfrage** „Einführung und Umsetzung des Mindestlohns“ kommt heraus, dass die Bundesregierung sich zu wenig Gedanken um die Umsetzung gemacht hat.

In der **↘Antwort auf die Kleine Anfrage** „Vattenfall-Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland“ versteckt sich die Bundes-

regierung bei Informationen zur Vattenfall-Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland hinter „konkreten Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen“.

In einer **↘Pressemitteilung** kritisiere ich Merkels Ankündigung, die Dokumentationspflicht beim Mindestlohn weiter schleifen zu wollen.

Impressum & Kontakt

ViSdP

Klaus Ernst (MdB)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon & eMail

Berlin: 030 - 22 77 03 67, Klaus.Ernst@bundestag.de
Schweinfurt: 09721 - 730 9811, Klaus.Ernst.ma05@bundestag.de
Coburg: 09561 - 7959203, Klaus.Ernst.ma04@bundestag.de

Internet www.Klaus-Ernst-MdB.de

Facebook www.facebook.com/mdb.klaus.ernst

Twitter www.twitter.com/ernst_klaus

Klaus Ernst
alea-vell

erscheint regelmäßig und kann kostenlos bestellt werden. Der Versand erfolgt per eMail.



NEU:

Die Homepage von Klaus Ernst optimiert für mobiles Surfen. Einfach den QR-Code scannen und unterwegs immer informiert sein.